"Der Courier"

Ein Organ deutsch sprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der „Saskatchewan Courier Publ. Co., Ltd."
M. E. v. Amerongen, Redakteur.
Joseph Oberhoffner, Geschäftsführer.
Geschäftslokal:
1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon: — Tag: 3391 — Nacht: 2131.
Abonnementspreis:
im Voraus zahlbar.

Inland.

Mittwochausgabe (12—32 Seiten stark)—	Ein Jahr	Sechs Monate	Drei Monate	Ein Monat
	$3.00	$1.50	$ .75	$ .35

Ausland. — Vereinigte Staaten und Europa.

	Ein Jahr	Sechs Monate	Drei Monate	Ein Monat
Mittwochausgabe . .	$4.00	$2.00	$1.00	$ .50

Reklamen kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht, usw.:
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75 Cents; für jede weitere Insertion 50 Cents.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90 Cents.

The Aim of the Foreign Language Newspaper of Canada

To help preserve the ideals and sacred traditions of this, our adopted country, the Dominion of Canada: To revere its laws and inspire others to respect and obey them; To strive unceasingly to quicken the public's sense of civic duty; In all ways to aid in making this country greater and better.

Der Platz an der Sonne

Als sich die Zentralmächte infolge der Alliierten Einkreisungspolitik mehr und mehr umklammert sahen, da entstand der berechtigte Wunsch, Anspruch auf die Stellung erheben zu dürfen, die einem jeden zivilisierten Staatengebilde zukommt, nämlich derjenigen einer freien Existenzberechtigung. Schon jetzt hat eine vorurteilsfreie Geschichte ihr Urteil gefällt, welche in obiger Politik nur die Vorbereitung zum Weltkriege erblickt. Ebenso bildete das gigantische Ringen auf blutiger Wahlstatt nur die zweite Phase, nämlich das Unschädlichmachen des aus verschiedenen Gründen unangenehm gewordenen Konkurrenten, der anders nicht aus dem Wege geräumt werden konnte. Hiermit nicht genug, schritt man getreu seinem Programme zur dritten Umklammerung, d. h. der Erwürgung des wehrlos gemachten Gegners. Es ist das traurige Schicksal, das die Welt sich seit Abschluß des Schmachfrieden an den Zentralmächten vollziehen sieht, das wohlüberlegt vorbereitet, und daher absichtlich diese dem Ruine preisgegeben, seine Urheber jedoch unbeabsichtigt mit in den Strudel hinabzuziehen droht. In seiner Ueberweisheit glaubte man, sich über die Lehren einer beinahe sechs Jahrtausende alten Geschichte hinwegsetzen zu können, jene Geschichte, die da lehrt, daß sich nicht ungestraft auf die Länge der Zeit mit den Geschicken der Völker spielen läßt, denen, garantiert von einer höheren, ewigen, alles lenkend und leitenden Macht zukommt:

„Ein Platz an der Sonne."

Reparationen und englisch-französische Beziehungen.

Mit der Einsicht allein, daß etwas geschehen muß, um dem drohenden Untergang zu gebieten, kann es nicht sein Bewenden finden. Allerdings klang die Nachricht etwas hoffnungsvoller, daß Poincare sich dazu herbeigelassen hätte, mit Lloyd George in London über die deutschen Reparationen beraten zu wollen, aber das für die ersten Tage des Monats August anberaumte tête à tête ist infolge der italienischen Krisis bis auf weiteres hinausgeschoben worden. Ohne Zweifel wird bei dieser Zusammenkunft auch wieder gefeilscht und geschachert. Die Lage im nahen Osten, über dessen Tore hinaus der Weg in's Innere Asiens und nach Indien führt, ist ohne definitive gegenseitige Klärung der beiden Hauptinteressierten, Englands und Frankreichs, auch in jüngster Vergangenheit zu sehr dazu angetan, die jahrhunderte alten Gegensätze aufeinanderprallen zu lassen. Wie im Westen Europas, so handelt es sich auch dort um englische oder französische Vormachtstellung. Tatsache ist, daß die Absichten eines imperialistischen Galliens mehr denn je auf ein mächtiges französisches Kolonialreich ausgehen. Tatsache ist, daß dem vor etwa einem viertel Jahrhundert bis Faschoda, nach Unterwerfung der Derwische siegreich vorgedrungenen, französischem Major Marchand, der eiserne Kitchener von Omdurman seitens Englands mit der prompten Warnung entgegengeschickt wurde: „Bis hierher und nicht weiter." Ein gedemütigtes Frankreich, das schon seine Hände nach dem langersehnten Kolonialreiche auszustrecken wähnte, sah sich darum so enttäuschter und erbitterter betrogen, als es dem britischen Gewaltakte machtlos gegenüberstand. Hierauf folgte Algericas und die Marokko-Krise, die es, von noch größerem Hasse gegen Deutschland beseelt, sich dem britischen Löwen als unnatürliche Genossin im Bündnisse anvermählen ließ. So listig die Einkreisungspläne geschmiedet, so bluttrunken dieselben 1914/18 zum Austrage kamen, — Frankreich ließ es sich etwas kosten, — um bei der Verteilung der Beute zu seiner Enttäuschung abermals sehen zu müssen, daß der Löwe jenseits des Kanals seinen sprichwörtlich gewordenen Anteil in nicht mißzuverstehender Weise für sich in Anspruch nahm. „Den Schlüssel der Welt", wie schon Napoleon das uralte Konstantinopel nannte, steckte sich John Bull in seine große Flottentasche. Von hier aus ist er Regent des Schwarzen- und Mitbesitzer am Mittelmeer. Ihm gehören Mesopotamien mit seinen reichen Gefilden und ergiebigen Oelquellen; er beherrscht Palästina. Alles, was Frankreich zufiel war das unruhige Syrien, dessen Aufstände sich nur mit Waffengewalt niederhalten lassen. Kein Wunder, daß der jahrhundert alte Haß wieder emporzulodern begann, kein Wunder, daß man gegen englische Interessen im nahen Osten geheim und offen zu arbeiten anfing. Die nationalistischen Türken und die unzufriedenen Araber waren dankbare Objekte. Keineswegs geschah dies ohne Erfolg, denn besonders die letzteren bereiten John Bull große Sorgen. Schon seit langem konnten die französisch-englischen Gegensätze nicht mehr verheimlicht werden, trotz aller diplomatischer Schöntuerei; die Vermeidung eines offenen Bruches bleibt eine Frage der Zeit.

Obgleich die deutsche Regierung sich mit der alliierten Kontrolle seiner Finanzen einverstanden erklärt hat, ein Schritt, der beweisen dürfte, wie groß einerseits seine Bereitwilligkeit, wie beängstigend andererseits seine ökonomische Lage, es, des einstmals bestverwalteten und wirtschaftlich gesündesten Landes ist, stellt Frankreich neue Forderungen.

Dem Vernehmen nach nimmt die französische Regierung jetzt den Standpunkt ein, daß Deutschland vor der Gewährung eines langfristigen Zahlungsaufschubs größere Garantien stellen und verschiedene Reformen durchführen sollte. Diese Forderungen könnten von der deutschen Regierung angeblich in kurzer Zeit erfüllt werden und man würde zu diesem Zweck vorderhand bloß eine oder zwei monatliche Ratenzahlungen stunden müssen. Die verlangten Reformen und die Garantien würden auch, wie erklärt wird, im Verein mit den von der Finanzkontrolle zu erwartenden Resultaten dazu beitragen, die Aufnahme einer Ausland-Anleihe für Deutschland bedeutend zu erleichtern, und da ein Teil dieser Anleihe zum Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete verwendet werden soll, würde die Gewährung eines längeren Moratoriums möglich sein. Dies geschieht trotz der Warnungen neutraler Fachmänner, die nicht müde werden, auf die entsetzlichen Gefahren hinzuweisen, denen Europa mit Riesenschritten entgegengeht.

Antole France hat zu dem Buch Michel Cordays „Die rauchenden Kamine" eine Einleitung geschrieben, worin er persönlich für die Richtigkeit der Anschauung Cordays eintritt, daß die Schwerindustrie der Welt und die mit ihr verbundenen Großkapitalisten für den Weltkrieg verantwortlich sind. „Der Mensch glaubt, für sein Vaterland zu sterben; er stirbt aber um die Interessen der Großindustrie zu fördern und zu schützen." So sagt Antole France axiomatisch und erläutert: „Der Weltkrieg war einzig und allein von den Geldleuten herbeigeführt worden. Die Industriebarone aller europäischen Staaten wünschten den Krieg herbei, sorgten, daß er unvermeidlich wurde, und daß er recht lange dauerte. Sie steckten ihr ganzes Kapital in den Krieg hinein, um gewaltige Profite zu machen; sie ruinierten Europa, ruinierten sich und rissen die ganze Welt aus dem Gleis."

A. G. Gardiner, der Finanz-Sachverständige der „London Daily News", schreibt: „Die europäische Lage treibt rasch dem Untergang zu. Wenn guter Wille und gesunder Menschenverstand vorwalten würde, wäre möglicher Weise eine Rettung möglich, allein mit Poincare am Ruder führt Frankreich Europa zum Totentanze an."

Professor Cassel beleuchtet die Frage in einem Leitartikel des Stockholmer „Svenska Dagblad", worin er schreibt: „Seit dem Versailler Frieden ist die französische Finanzpolitik darauf ausgegangen, durch eine große internationale Anleihe deutsche Kriegsentschädigung in klingende Münze umzuwandeln und gleichzeitig die ganze Welt dafür zu interessieren, daß Deutschland wirklich bezahlt. Die Entente hat aber selbst durch ihre Zerstückelungs- und Aussaugungs-Politik die Kreditwürdigkeit Deutschlands so stark geschwächt, daß die Aussichten auch für eine kleinere und kleine Anleihe geringer und geringer werden. Aber nicht genug damit, die Politik der Entente gegenüber Deutschland war auch der wichtigste Faktor bei der unerhörten Verschlechterung, welche nach dem Waffenstillstand in der ganzen Weltwirtschaft eingetreten ist. Durch diese Politik ist die Leihkraft der Welt in hohem Grade vermindert und die Frage der Finanzierung des Aufbaues von Europa in die hoffnungslose Lage gebracht, in welcher sie sich jetzt befindet. Frankreich trägt die Verantwortung für die Politik der formellen Rechthaberei, bei welcher das wirkliche Recht ebenso zu kurz gekommen ist wie das Gefühl für wirtschaftliche Tatsachen. Doch ist jetzt aber die Zeit gekommen, daß Frankreich allmählich lernen muß, wie militärisch isoliert es dasteht und besonders wie wenig es zu tun vermag, wenn es gilt, die wirtschaftliche Hilfe der Welt zu gewinnen. Wenn Frankreich sich vorgestellt hat, daß eine große internationale Anleihe zu haben sei gegen die Sicherheit einer großen Entschädigungsforderung mit französischen Truppen auf deutschem Boden als einzige wirkliche Unterlage, so hat es sich verrechnet. Es ist vergeblich, wenn man verlangt, daß die Ersparnisse der Welt Deutschland zugeführt werden, so lange die willkürliche Abschließung der Ententeländer gegen die deutsche Ausfuhr jede Möglichkeit der Bezahlung zweifelhaft macht. Die Hoffnungen auf eine Anleihe sind vergeblich, solange gegen Deutschland eine Finanzkontrolle verhängt wird, welche in ihrer Willkür und in ihrer wirtschaftlichen Dilettantenhaftigkeit soweit geht, daß sie beispielsweise Zwangsanleihe und Beschlagnahme der Ausfuhrdevisen verlangt, aber die Hoffnungen sind vor allem vergeblich, solange die militärische Besetzung Deutschlands und die ständige Drohung, sie noch auszudehnen, weiter besteht. Die Besatzung saugt dem Schuldner das Mark aus den Knochen, so daß man nichts mehr von ihm erwarten kann, und die Drohung verwandelt jede wirtschaftliche Berechnung in ein Hasardspiel."

Eile, höchste Eile tut not. Europa steht am Rande des Abgrundes, aber Lloyd George, der sich die Handschellen der Mitschuld unauflösbar angelegt, wagt ohne den Freundfeind Poincare und Italien nicht zu handeln; daher die Verschiebung der Londoner Konferenz daher die energielose Wurstelei, daher weiteres wirtschaftliches Elend und Ungewißheit, daher die nichtssagenden diplomatische Phraseologie, daher die tausende banaler Ausflüchte, samt und sonders dazu angetan, der stets lauter werdenden Anklagen aus dem Wege gehen und der heraufbeschworenen Blutschuld nicht in's Angesicht blicken zu können. Die zögernde Bereitwilligkeit eines Poincare zur Herabsetzung der deutschen Reparationen lassen tief blicken. Abgesehen von dem Nachlassen des materiellen Wertes der Entrichtungssumme, unmöglich wie dieselbe allen Vernünftigdenkenden von Anfang an erschien, wird sie von einem weit wichtigeren, weil wertvolleren überschattet, nämlich demjenigen: der Schuld am Kriege. Deutschland's Welteroberungslüste hatten den Krieg entfacht, so wurde in alle Welt hinausposaunt. Auf Grund dieser Schuld mußte eine „gerechte Strafe" verhängt werden, ohne Gnade, ohne Barmherzigkeit. Von der Höhe seiner Macht wurden aus Deutschland und seinen Verbündeten hungernde Vasallenstaaten. Nun auf einmal spricht man von der Herabsetzung der Strafe, die demnach als zu groß erachtet, keineswegs im Verhältnis zu seiner Schuld gestanden haben kann. Ist aber Deutschland nicht der alleinige Schuldige, wer verdient mit auf der Anklagebank zu sitzen? Verdient Deutschland überhaupt diesen Platz einzunehmen? Die Geschichte hat diese Frage auf Grund der deutschen und russischen Archive, die ihr bereitwilligst geöffnet wurden, auf Grund der Aussagen eines Lloyd Georges, Briand und wie sie alle heißen, längst beantwortet. Nicht Deutschland war instrument bei dem Abfeuern jener verhängnisvollen Mörderschüsse in Serajewow, denen das edele Thronfolgerpaare zum Opfer fiel, sondern, wie einwandsfrei nachgewiesen ist, die Obersten der jüdisch-freimaurerischen Loge des Großen Orients in Paris. Im eigenen Parlamente wurde Poincare der Kriegsschuld von seinen Landsleuten mehr wie einmal gezeiht. Wird er den Mut haben, dieselbe einzugestehen? Ohne Zweifel es kostete seine Stellung, die ihm wie die seines Kollegen Lloyd George über alles zu gehen scheint. In ihrem persönlichen Ehrgeize als Oberhäupter zweier Regierungen machen sie den Wiederaufbau Europas und ganzen Ländern den Platz an der Sonne streitig.

Die Mandate

Das Mandatesystem von Regierungen tritt durch die endgültige Bestätigung, welche der Rat des Völkerbundes dem palästinischen und syrischen Mandat gab, unmittelbar in Kraft. Es sind nur noch geringere Punkte zwischen Frankreich und Italien über italienische Schulen und einige wirtschaftliche Angelegenheiten in Syrien zu regeln. Lord Balfour, Viviani und Marquis Imperiali, die Vertreter von England, Frankreich und Italien, geben heute über die Politik ihrer Regierungen in den Mandatsgebieten Erklärungen ab.

Der Beschluß des Rates beendet dreijährige Bemühungen der Liga, um das Mandatssystem in den Inseln des Stillen Ozeans, in Mittel-Afrika und Kleinasien einzuführen. Man erblickt darin einen Erfolg für Lord Balfour und eine weitere Förderung der Schaffung einer jüdischen Nationalheimat. Das Mandat für Mesopotamien verschwindet durch die Errichtung eines unabhängigen Staates in jenem Lande durch Großbritannien.

Dennoch hat sich der „hohe Rat" blitzwenig um die Proteste des Zionistenmandates in Palästina gekümmert. Der Jude Ochs, Besitzer der New Yorker Times kehrte dieser Tage von Palästina zurück und behauptet, daß der Zionismus in Palästina sich nur gestützt auf die englischen Bayonette halten kann. Die Araber, die ehemals mit den alteingesessenen Juden friedlich lebten, können nunmehr nur durch Waffengewalt niedergehalten werden. England wird noch genügend Gelegenheit bekommen, herauszufinden, welches Süppchen es sich mit seinem Palästinamandat eingebrockt hat. Auch die Araber haben ein Recht auf ihren

„Platz an der Sonne."

England

In Fleet Street waren Gerüchte im Umlauf, daß Lord Northcliffe während seines Inkognitobesuchs in Deutschlands vergiftet worden sei. Die Aerzte des bekannten Herausgebers sind über seinen Zustand im Unklaren. Berufsgenossen zufolge ist seine Genesung unwahrscheinlich. Selbst wenn er dem Tode durch die jetzige Krankheit entrinne, werde Northcliffe nie wieder die Kontrolle über seine Publikationen oder seinen ausschlaggebenden Einfluß in der britischen Politik ausüben. Nahe Freunde von Northcliffe wollen nicht an die Geschichte von der Vergiftung glauben. Sie machen darauf aufmerksam, daß sein Besuch in Deutschland im Allgemeinen erst nach seiner Rückkehr nach England bekannt geworden ist.

Nach dem Bericht des General-Staatsamtes von England und Wales wurden im Jahre 1920 957,782 Kinder geboren. Dies ist die höchste Zahl von Geburten irgendeines vorhergegangenen Jahres. Ferner hat das Jahr 1920 die niedrigste Sterberate seit 1860 zu verzeichnen. Es wurden 466,130 Todesfälle registriert oder 12.4 für tausend Bewohner. Von Kindern starben nur 80 von je tausend Geburten. Die Zunahme der Bevölkerung betrug 491,652 oder höher als in irgendeinem früheren Jahr. Es wurden in 1920 in England und Wales 379,982 Ehen geschlossen. Die Zahl der Ehescheidungen überstieg jene der vorhergegangenen Jahre mit Ausnahme von 1919.

Das britische Rote Kreuz hat sich entschlossen, die von dem Genfer Biologen Henry Spahlinger erfundene Tuberkulose-Impfung anzukaufen, und, wie dort gemeldet wurde, ist ein Kaufkontrakt in London bereits abgeschlossen. Das Spahlinger - Laboratorium dort wird weiter fortgeführt werden und außerdem werden andere Laboratorien errichtet. Eine Anzahl amerikanischer Patienten, davon einige, die bereits von den Aerzten aufgegeben sind, befinden sich hier in Behandlung, und es heißt, daß sich alle auf dem Wege der Besserung befinden. Die Entdeckung einer neuen Tuberkulose-Behandlung durch Spahlinger wurde bereits Anfang 1914 in Paris bekannt gegeben. Aber erst nach der Beendigung des Krieges hörte man weitere Einzelheiten, und in den letzten beiden Jahren ist die ganze Welt darauf aufmerksam geworden. Namentlich zeigten die britischen Wissenschaftler und Beamten großes Interesse, und bereits vor über einem Jahre wurde berichtet, daß der Ankauf der Methode seitens der britischen Regierung bevorstehe. Das für die Impfung verwandte Serum war anfangs sehr kostspielig, kann aber jetzt ebenso billig hergestellt werden, wie das gewöhnliche Blattern-Serum.

Der frühere Khedive von Aegypten, Abbas Hilmi, der kürzlich aus Konstantinopel eintraf, erklärte in einer Unterredung, daß er Konstantinopel heimlich verlassen mußte, da ihm die Engländer einen Paß verweigerten. Er fügte hinzu, daß König Fuad, sein früherer Adjutant, der Usurpator sei, und daß ungeachtet der förmlichen Unabhängigkeitserklärung seitens Englands immer noch der Belagerungszustand mit englischen Standgerichten in Aegypten herrsche. „Ich habe niemals abgedankt", meinte der frühere Khedive, „und ich bin stets bereit dem ägyptischen Volk zu dienen." Auch er beansprucht den ihm zukommenden

„Platz an der Sonne."

Frankreich

Vor einigen Tagen hat der frühere Ministerpräsident Briand in Nantes eine Rede gehalten. Sie war eine Verteidigung der Politik, die er als Leiter der Regierung getrieben hatte. Es fiel nicht schwer, darin eine Kritik an der Politik Poincares zu erkennen. Briand wies nach, wie er Deutschland gegenüber stets eine starke Hand zeigen konnte, ohne zu der These der Sonderaktion greifen zu müssen. Im Gegenteil, es gelang ihm, stets die Zustimmung der Alliierten zu seinen Gewaltmaßnahmen wie die Besetzung der niederrheinischen Städte zu erhalten. Aber das ist kaum das Wichtigste an der Rede. Viel bedeutungsvoller ist die folgende Stelle: „Ich war der Meinung, daß nach diesem schrecklichen und blutigen Kriege die erste Pflicht einer französischen Regierung darin bestand, den Frieden zu sichern.... Ich hüte mich wohl zu sagen, daß es im Parlament oder im Lande Leute gibt, die eine Kriegspolitik machen. Niemals werde ich das sagen, denn ich glaube nicht, daß es wahr ist. Aber der Krieg geht nicht aus der direkten Aktion der Menschen hervor, der Krieg — man hat es wohl gesehen — entsteht in einer dazu geeigneten Atmosphäre. Unvorsichtige laden ein Faß mit Pulver und stellen es an einem gefährlichen Kreuzweg auf. Ein Blitz aus einem plötzlich ausbrechenden Gewitter und die Explosion ist da!" Es muß festgestellt werden, daß ein französischer Politiker, nicht der erste beste, sondern ein Mann, der sieben Mal Ministerpräsident gewesen war, diese Ansicht über die Entstehung der Kriege hat. Briand weiß vieles, was öffentlich noch nicht bekannt ist. Seine Auffassung hat darum Anspruch auf ernsteste Beachtung. Er zögert auch nicht festzustellen, daß seine Ansicht für den Ausbruch des Weltkrieges zutrifft. Es wäre unangebracht, seinen Worten noch etwas hinzuzufügen. Man brauchte sie nur festzuhalten wie den Ausspruch Lloyd Georges, nach dem die europäischen Staatsmänner in den Weltkrieg „hineingetorkelt" sind.

Sogar der der Regierung nahestehende „Temps" scheint umzuschwenken. Ueber die Haltung der deutschen Regierung und des Reichstages schreibt er: „Nicht nur die sozialistischen Parteien, sondern auch die Vertreter der Demokraten und des Zentrums und vor allem der Reichskanzler selbst hätten sich zur Republik bekannt in Worten, an deren Aufrichtigkeit und Entschlossenheit kein Zweifel erlaubt sei. Es wäre absurd, meint das Blatt, mit deutlicher Spitze gegen die Hetzereien der nationalistischen Blätter, behaupten zu wollen, daß dieses Bekenntnis nichts bedeute oder gar, daß es eine Komödie oder Camouflage darstelle. Die neue Situation in Deutschland stelle auch die Regierungen Frankreichs und Englands vor neue Aufgaben. Mit dem Augenblick, da in Deutschland die Republik sich konsolidiere und ein Teil des deutschen Volkes aufhöre, sie zu bekämpfen, sei in Deutschland mit einer Entwicklung zu rechnen, die nicht notwendigerweise zu einem neuen Kriege führen müsse. Dann aber müsse auch von französischer Seite Vorsorge getroffen werden, daß die französische Republik mit der deutschen Republik in Frieden leben könne. Die englische Regierung könne sehr viel dazu beitragen, in diesem Sinne die Zukunft vorzubereiten. Augenblicklich sei das Reparationsproblem der Hauptkonfliktstoff zwischen Frankreich und Deutschland. Der Kongreß der englischen Arbeiterpartei habe kürzlich Frankreich den Rat gegeben, sich einer vernünftigen Festsetzung der deutschen Schuld nicht länger zu widersetzen, und beschlossen, eine Delegation nach Paris zu entsenden, um in diesem Sinne ihren Einfluß geltend zu machen. Man könne von französischer Seite dieser Delegation nur den einen Rat geben: sie möchte, wenn nicht bereits die unmittelbare Annullierung der Schuld an England, so doch wenigstens die formelle Zusicherung mitbringen, daß England solange auf die Reklamation seines Guthabens verzichte, als die deutschen Zahlungen nicht eine gewisse Höhe erreicht hätten. Das Blatt kommt sodann in außerordentlich bemerkenswerten Ausführungen auf das Reparationsproblem selbst zu sprechen. Es zitiert die jüngsten Aeußerungen des Reichskanzlers, daß es wenig Zweck habe, sich den Kopf zu zerbrechen über die Frage einer großen oder kleinen Anleihe, solange nicht die Politik der Ultimaten und der Drohungen aufgehört habe, und knüpft daran die Frage, ob der Kanzler damit jede provisorische Regelung zu Gunsten einer sofortigen und endgültigen Liquidation habe ablehnen wollen. Das wäre, meint der „Temps", das Bekenntnis zu einer Politik des „alles oder nichts", die immer wieder in einer Sackgasse münde. Man müsse endlich aufhören, sich an der Zahl von 132 Milliarden zu stoßen, die seit einem Jahre nur dazu geführt habe, Zeit und Gelegenheit zu einer Verständigung zu verlieren. Wenn man schon von Ziffern spreche, warum nicht ruhig kalkulieren?" Fast klingt es als ob der „Temps" auf einmal Deutschland den stets verweigerten

„Platz an der Sonne."

einräumen wolle.

Oesterreich

Der Rat ist durch die Bereitwilligkeit der Entschädigungskommission ermutigt, ihre Ansprüche gegen Oesterreich für 20 Jahre zu suspendieren. Dem Vernehmen nach verzichten die 18 beteiligten Regierungen auf ihre Forderungen gegen Oesterreich, bis das Land finanziell und wirtschaftlich wieder empor kommt. Oesterreich kann dann seine Zolleinnahmen, sein Salzmonopol und andere Bestände als Sicherheit für Anleihen verpflichten. Eine Erklärung der Informationsabteilung der Liga sagt: „Wir werden es überdrüssig zu hören, daß Oesterreich am Rande des Zusammenbruches steht. Seit den letzten drei Jahren war es alle paar Monate am Rande des Zusammenbruches und es kann eine lange Zeit in diesem Zustand leben. Die wirkliche Gefahr liegt nicht in finanziellem Zusammenbruch, sondern in politischen Wirren. Die Gefahr ist, daß eine Regierung ans Ruder kommt, die nicht ihre ganze Zeit zur Ordnung der verrotteten Finanzen von Oesterreich verwendet und den Knoten durch Vereinigung mit Deutschland zu lösen sucht. Wenn dies geschieht, wird Mitteleuropa ein Schmelztiegel. Bevor Oesterreich eine starke Regierung hat, die strenge Sparsamkeit erzwingen kann, wird es Bolschewiki Zuständen und einer Vereinigung mit Deutschland näher und näher kommen. Diese Vereinigung wird das Gleichgewicht von Europa bedrohen."

Was die Erklärung der Informationsabteilung der Liga angeht, so kann man sich wohl kaum etwas hochtrabenderes und scheinheiligeres denken, als diese. In der Tat war Oesterreich alle paar Monate am Rande des Zusammenbruches und ist es noch. Niemand anders als die Alliierten sind selbst daran schuld. Ihre verstümmelnde Raubritterpolitik hat Oesterreich zu dem gemacht, was es heute ist. Millionen seiner Untertanen schmachten unter dem Joche anderer Regierungen. Vom Meere abgeschnitten, seiner ehemaligen Zufuhrquellen beraubt, hat es als Staat keine Existenzberechtigung. Die Henker sind es „müde" die berechtigten Klagen seines Opfers zu hören. Kein Wunder, daß das Herman-Blatt, die Reginaer Post am Freitag abend in einem Leitartikel „The Morgenthau Plan" sich in der blödsinnigen Behauptung erging: „In the old days the Austrians were chiefly engaged in having a good time". In früheren Zeiten war es die Hauptbeschäftigung der Oesterreicher, gute Zeiten zu haben." Es ist ja gewiß nicht der einzige Unsinn, den sich diese Reginaer Zeitung geleistet hat. Er ist Beweis genug über wie wenig Kenntnis und wieviel Rohheit dieses Blatt verfügt. In Oesterreich gab es, wie in jedem anderen Lande Reiche und Arme. Daß die Reichen nicht auf ihrer Hände Arbeit angewiesen sind, ist klar. Arbeiten sie vielleicht hierzulande? Jeder, der mit österreichischen Verhältnissen vertraut ist und war, weiß, daß Oesterreich, einer der ältesten Kulturstaaten Europas, kraft seines Fleißes mit an der Spitze der Industrie und Kunst stand. Selbst, wenn der leichtfertige, gedankenlose Federfuchser, der diesen zynischen Artikel zusammenschmierte, nichts über Oesterreich weiß,—was er auf's deutlichste bewiesen hat,—sollte er aus eigener Erfahrung wissen, daß es Oesterreicher zum größten Teil waren, die hier Kanäle und Eisenbahnen bauten. Sie arbeiten in den Holzfällerhütten und den Minen. Sie verrichteten die schwerste und gröbste Arbeit, zu der sicherlich die Landsleute eines Editor der Post nicht getaugt haben. Wer also machte sich die guten Zeiten? "Die Post kann sich noch nicht daran gewöhnen, daß der Krieg vorbei ist; sie rechnet immer noch Beifall bei einigen Wenigen zu erhaschen, die gleich wie sie aus dem Deutschenhaß Kapital schlagen. Die „Post" macht ihrer „progressiven" Tendenz alle Ehre und es wird noch Gelegenheit geben, darauf des näheren zurückzukommen. Jedenfalls gehört ein gutes Teil Gesinnungsroheit dazu, sich über die hungernde Bevölkerung eines verknechteten Staates lustig zu machen und ihr den schadenfrohen Rat zu geben, endlich einmal mit der Arbeit zu beginnen, in anderen Worten sich einen

„Platz an der Sonne"

zu sichern, den sie schon Jahrtausende zuvor innehatte, bevor man je zu träumen wagte, daß ein naseweises Stümperblättchen wie die Regina Evening Post ihre Leser mit derartigem Unsinn zu belästigen wagen würde.

Italien

Die Lage in Italien gilt als ernst. Der frühere Premier Orlando hat nach einer einstündigen Audienz bei König Viktor Emmanuel abgelehnt, ein neues Kabinett zu bilden.

Orlando, der in den letzten Tagen mit allen Führern der verschiedenen Parteigruppen konferierte, erklärte, er sei zur Ueberzeugung gelangt, daß eine von ihm zusammengesetzte Regierung keine lange Lebensdauer haben würde. Der König berief hierauf De Nicola, den Präsidenten der Abgeordneten Kammer und Tittoni, den Präsidenten des Senats zu einer Audienz. Man glaubt, daß De Nicola, der beim Volke beliebt und im ganzen Lande angesehen ist und auch über einen großen Einfluß in der Kammer verfügt, die besten Aussichten haben würde, eine feste Regierung zu bilden. Er wird als der einzige Parlamentarier angesehen, der imstande sein könnte, eine Vereinigung der Sozialisten mit den Faszisten, Demokraten und den katholischen Populari herbeizuführen. Durch eine solche Koalition würde, wie man erklärt, wieder die langgewünschte Harmonie im Parlament Einkehr halten. Der Central-News-Agentur wird aus Rom berichtet, daß der Führer der Faszisten, der Abgeordnete Benito Mussolini, Einladungen erhalten habe, im Ausland Zweigverbände der Organisation der Fiszisten zu bilden. Er befindet sich jetzt auf dem Wege nach Deutschland und hat vor seiner Abreise von Rom erklärt, daß eine Entwaffnung der Faszisten augenblicklich undenkbar sei. Obgleich die revolutionären Organisationen von den Faszisten aus ihren Sitzen vertrieben worden seien, sei das Land noch immer von Kommunisten und sozialistischen Vereinigungen bedroht. Musolini glaubt, daß die Faszisten bald das Parlament beherrschen werden, da sie bereits im Stadtrat verschiedener Städte die Mehrheit besitzen.

Nachdem eine geheime terroristische Gerichtssitzung stattgefunden hatte, in welcher der junge Rechtsanwalt Gaitano Guarini des Verrats am Anarchismus schuldig gesprochen worden war, wurde er derartig durchgepeitscht, daß sein Zustand sehr ernst ist. Enrico Malatesto, der bekannte Anarchist, führte den Vorsitz bei den Verhandlungen; der kommunistische Abgeordnete Guiseppi Mingrino assistierte. Guarini wurde schuldig befunden, von der französischen Botschaft Geld empfangen zu haben, mit dem er eine anarchistische Bewegung einleiten sollte, die den Eindruck erwecken sollte, als ob sie von Deutschland angezettelt wäre. Diese Nachricht giebt in der Tat tief zu denken. Die offizielle französische Botschaft liefert demnach Geld für revolutionäre Zwecke einem engbefreundeten Staate, mit der Absicht, dies Deutschland in die Schuhe zu schieben.

Rußland.

Die „Rigasche Rundschau" entnimmt dem lettischen Blatte „Latw. Wehstn." Mitteilungen über die Aussichten des Handels mit Rußland die offenbar aus bestunterrichteter Quelle stammen. Danach beginnt sich wenigstens in Moskau allmählich ein regulärer Handel anzubahnen. Die wesentlichsten Warenabnehmer seien die Genossenschaften und die Trusts, während private Firmen kaum in Betracht kämen. Firmen, die mit Rußland in Verbindung treten wollen, müssen sehr kapitalkräftig sein, denn Zahlung erfolgt nicht bar, sondern in Rohmaterial oder anderen Werten. Man brauche nicht zu fürchten, daß Warensendungen in Verlust geraten können, denn solche Sendungen werden von der Grenze ab begleitet, ganz abgesehen davon, daß sie in Rußland versichert werden können. Ausländische Firmen stellen die Bedingung, daß sie für die Unverletzlichkeit der Sendungen nur bis zur russischen Grenze haften. Die Beziehungen werden dadurch erschwert, daß jeder Vertrag von „Wneschtorg" bestätigt werden muß. Der Wneschtorg setzt auch die Preise fest, nachdem er sich mit seinen Auslandsvertretungen in Verbindung gesetzt hat. Da die amtlichen Preise sehr niedrig sind, so schließen die Genossenschaften und Trusts mit den Vertretern private Verträge über Ergänzungszahlungen ab. Die wesentlichsten Rohstoffe sind Flachs, Pelzwerk und Häute. Im Lande sind noch ansehnliche Vorräte von Borsten und Roßhaare, sowie viel Holz vorhanden. Da der Entwertungsprozeß des Sowjetgeldes reißend fortschreitet, so werden Abschlüsse in ausländischer Valuta getätigt. Die Vorräte an ausländischer Valuta sind jedoch versiegt. Im Verkehr ist noch Gold, Silber und Platin. Die Kirchenschätze sind bis auf das Silber nicht im Verkehr gelangt. Kredit wird nur wenigen Firmen und dann auch nur in ganz beschränktem Maße gewährt. Die Entwicklung des Handels mit Rußland wird erst dann denkbar sein, wenn der Handel nicht mehr der Kontrolle des Wneschtorg unterliegen wird, wenn Banken eröffnet und Kredit gewährt und das Transportwesen geordnet sein wird.

Eingetroffene Nachrichten aus Rußland zeigen eine Ausbreitung von Cholera und Typhus an. Nach diesen Meldungen tritt der Typhus in diesem Jahre zweimal so stark auf als im Vorjahre.

Alle Mittelmeerländer, die mit Häfen am Schwarzen Meere in Handelsverkehr stehen, sind von der Cholera bedroht. In der ersten Woche des Juli ereigneten sich in Odessa über 3000 Cholera-Erkrankungen. Nahezu 100 Cholerafälle sind während der letzten zwei Wochen in Bukarest, Rumänien, eingeschleppt worden. Die Zentral-Sowjetbehörden ordnen die strengsten Schutzvorkehrungen an, um ein Umsichgreifen der Seuchen zu verhüten.

Die amerikanische Hilfswerk-Administration hat durch schnelle kostenlose Verteilung von 10,000,000 Dosen Cholera-Lymphe dem Ausbreiten der Seuche in Armenien, Georgia, Aserbeidjan und Persien Einhalt getan. Dr. J. K. Marden von Boston, der medizinische Direktor der amerikanischen Kommission für Hilfswerk im Nahen Osten, hofft auf eine völlige Unterdrückung der Epidemie, wenn Südrußland unter Quarantäne gestellt werden sollte.

In allen türkischen Schwarzmeer-Häfen sind strenge Quarantäne-Vorschriften gegen die Cholera eingeführt worden.

Amerikanische Hilfe hat viel für die Bevölkerung von Odessa getan. Vor vier Monaten war ihre Lage herzzerreißend. Im März und April waren die Straßen unbeleuchtet, der Hunger tötete schneller als den Behörden die Entfernung der Leichen der Opfer möglich war. Die Krankenhäuser waren in unsagbarer Notlage, aus ihnen und den Kinderheimen machten die Todesherren Tag und Nacht beständige Fahrten nach den städtischen Friedhöfen.

Arbeiter der amerikanischen Hilfsverwaltung sehen heute eine wundervolle Besserung. Die Menschen, die vor drei Monaten niedergedrückt durch die Straßen schlichen, lächeln jetzt, die Kinder fangen wieder an zu lachen, zu singen und sich zu vergnügen. Sie erinnern nicht mehr an die hungerleidende Jugend, die im Frühjahr umherkroch. In den Krankenhäusern wird der Besucher jetzt mit Stolz durch die Abteilungen geführt, denn reine Leinwand und ausreichende Arzneimittel für die Patienten sind vorhanden.

Dem armen durch die Leidensschule gegangenen russischen Volke wären besseren Zeiten zu wünschen, die es wieder aufheben lassen könnten; Zeiten, die es innewenden lassen sollten, daß auch für sie es trotz Hunger und Elend einen Platz an der Sonne gibt.

Deutschland.

Polizeipräsident Richter von Berlin erklärte, er erwarte eine Anzahl weiterer Verhaftungen in den nächsten Tagen im Zusammenhang mit